

"Neues aus Berlin"



Newsletter von MdB Sarah Lahrkamp

Das neue Jahr begann für uns im Deutschen Bundestag mit zwei Sitzungswochen, in denen wieder Einiges vorangebracht wurde!

Mit dieser Ausgabe des Newsletters berichte ich, was zum Auftakt des neuen Jahres alles passiert ist.

Themen:

- Holocaust-Gedenkstunde
- Klausurtagung der SPD-Fraktion
- Fachkräftestrategie der Bundesregierung
- Elysée-Vertrag
- Familienministerin Paus im Ausschuss
- Neues aus der Kinderkommission
- Termin mit SAM
- Besuchergruppe aus Rheine
- Online-Gespräche zum Mutterschutz



"Neues aus Berlin"

Holocaust-Gedenkstunde im Deutschen Bundestag

Anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945 gedenkt der Deutsche Bundestag jedes Jahr den Opfern des Nationalsozialismus in einer eigenen Gedenkstunde. Auch dieses Jahr erinnerten wir am 27. Januar 2023 an die vielen Millionen Menschen, die während der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden.



#WeRemember

Im Mittelpunkt standen in diesem Jahr vor allem all diejenigen Menschen, die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität als „asozial“ abgestempelt wurden. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas betonte, dass es für unsere Erinnerungskultur wichtig sei, dass wir die Geschichten aller Opfergruppen erzählen. Mit dem Wunsch, dass keine Form von Diskriminierung als normal empfunden werden darf, hat Rozette Kats, Zeitzeugin und Tochter von Holocaust-Opfern, die Gedenkstunde mit einem eindringlichen Plädoyer für Toleranz für die Opfer des Nationalsozialismus eröffnet.



"Neues aus Berlin"

Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion



Foto: phototek

Was für ein gelungener Auftakt in das neue Jahr! Im Rahmen unserer zweitägigen Klausurtagung haben wir intensiv darüber debattiert, was uns als SPD-Bundestagsfraktion für 2023 wirklich wichtig ist: Zum einen das Thema „Transformation“, denn unsere Welt befindet sich gerade im Umbruch. Der Ausbau von erneuerbaren Energien, eine bessere Bahninfrastruktur, die Sanierung von Autobahnbrücken, mehr bezahlbarer Wohnraum und der Breitband- und Mobilfunkausbau stehen für uns an vorderster Stelle.

Zum anderen wollen wir ein weiteres Thema zur Priorität machen: und zwar das Thema „Familie“! Am zweiten Tag der Klausur haben wir daher intensiv debattiert, wie wir junge Menschen und Familien aus dem Krisenmodus rausholen, denn die vielen Krisen der letzten Monate haben insbesondere den Kindern und Jugendlichen nachhaltig zugesetzt. Daher werden wir bei all unseren politischen Entscheidungen Kinder und Jugendliche verstärkt in den Blick nehmen.

Wie wollen für Kinder, Jugendliche und Familien besser unterstützen? Mit der Einführung der Kindergrundsicherung. Denn in unserem Land soll kein Kind in Armut aufwachsen. Auch werden wir mehr Spielräume für die partnerschaftliche Aufteilung bei der Sorge- und Erwerbsarbeit von Eltern ermöglichen. Im Klartext heißt das: ein zusätzlicher Partnermonat beim Elterngeld und eine zweiwöchige vergütete Freistellung nach der Geburt des Kindes für den:die Partner:in bei vollem Lohnausgleich – und das alles sozialgerecht auch für Alleinerziehende! Also: Auf geht´s!



"Neues aus Berlin"

60 Jahre Deutsch-französischer Élysée-Vertrag – Gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer in Paris den „Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit“, den sog. Élysée-Vertrag. Es war ein Tag der Versöhnung - und zugleich ein Tag des Aufbruchs in eine neue Ära der deutsch-französischen Beziehungen.

Die Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist längst nicht selbstverständlich: Sie ist vielmehr ein Schatz, den es zu pflegen gilt. Dabei bleibt die deutsch-französische Freundschaft auch ein essenzieller Bestandteil der europäischen Einigung. Gemeinsam mit Frankreich setzen wir uns daher für eine demokratisch gefestigte, handlungsfähige und strategisch souveräne EU ein.

Fachkräftestrategie der Bundesregierung

Die Digitalisierung und der demografische Wandel verändern den Wirtschaftsstandort Deutschland. Es gilt daher, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen, um die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft hierzulande zu stärken. Die Bundesregierung hat daher eine Fachkräftestrategie auf den Weg gebracht, die Impulse zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften gibt. In diesem Kontext wird auch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen durch die beschlossene Weiterentwicklung der Familienbesteuerung sowie die Verringerung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern angestrebt.

Mit der Fachkräftestrategie wird die Bundesregierung die Ausbildung stärken, die Weiterbildungskultur und das moderne Einwanderungsrecht weiterentwickeln und grundsätzlich mehr Einwanderung von Fachkräften ermöglichen. Mit einer sog. Ausbildungsgarantie soll allen Jugendlichen zudem Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermöglicht werden.

Weitere Infos zur ersten Lesung [hier](#).



"Neues aus Berlin"



Familienministerin Paus zu Besuch im Familienausschuss

Zum Jahresauftakt hatten wir die Familienministerin Lisa Paus bei uns als Gast im Familienausschuss. Dort stellte sie ihre Vorhabenplanung für das Jahr 2023 vor. Als Mitglieder des Familienausschusses hatten wir an dieser Stelle Gelegenheit, konkrete Nachfragen dazu zu stellen.

Ich freue mich sehr, dass meine Themen, für die ich als Abgeordnete zuständig bin, seitens des Ministeriums als prioritäre Vorhaben eingestuft wurden: Dazu zählen die Kindergrundsicherung, das sog.

"Partnerschaftspaket" mit der u. a. zweiwöchigen Freistellung des Partners nach der Geburt eines Kindes und der Mutterschutz. Auch vom Timing her war der Besuch der Ministerin im Bundestag genau richtig: Erst letzte Woche wurde in der Presse ein Infopapier zu den ersten Eckpunkten zur Ausgestaltung der Kindergrundsicherung diskutiert. Der Stein für das Gesetzesvorhaben ist damit ins Rollen gebracht – das heißt auch für mich "Start frei" für eine intensivere inhaltliche Arbeit und der Erarbeitung von neuen Anregungen.



"Neues aus Berlin"



Foto: pixabay

Virtuelle Gespräche zum Mutterschutz

Eines meiner inhaltlichen Themen im Familienausschuss ist der Mutterschutz. Besondere Aufmerksamkeit erhielt das Thema in den vergangenen Monaten, da u. a. zwei Petitionen dazu liefen: zum einen zum Mutterschutz für Selbständige und zum anderen zu der Idee zur Einführung eines gestaffelten Mutterschutzes bei Fehl- und Totgeburten. Gerade bei dem letztgenannten Thema, u. a. auch bekannt im Kontext "Sternenkinder", handelt es sich um eine äußerst sensible Angelegenheit.

Daher habe ich mich zusammen mit Kolleg*innen aus dem Familienausschuss mit den beiden Petent*innen online zu den bestehenden Knackpunkten und zu Handlungsempfehlungen intensiv ausgetauscht. Es waren sehr gute Gespräche! Ich stehe hier Verbesserungen optimistisch entgegen und werde so gut es geht die Vorhaben unterstützen.



"Neues aus Berlin"



"Cybergrooming" Thema in der Kinderkommission

In den letzten beiden Sitzungswochen bestimmte das Thema "Cybergrooming" die Agenda der Kinderkommission. Cybergrooming bezeichnet die Anbahnung sexueller Kontakte mit Minderjährigen im Internet und ist ein strafrechliches Delikt. Sexuelle Belästigung Minderjähriger im Netz ist heutzutage keine Seltenheit mehr. Fast ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen (24 %) wurde bereits im Netz von Erwachsenen zu einer Verabredung aufgefordert.

Wie in jeder Sitzung waren ausgewählte Sachverständige eingeladen, die verschiedenste Handlungsempfehlungen diskutierten. Ein möglicher Lösungsansatz sei ein gezielter Medienunterricht an den Schulen, damit Kinder Gefahren schneller erkennen und umgehen können. Auch direkte ausgebildete Ansprechpartner*innen in der Schule könnten den Kindern und Jugendlichen in Gefahrensituationen gezielt weiterhelfen. Weitere Ideen: Meldebuttons und "Notfallchats" in Social Media, die Zusammenarbeit mit Influencern stärken und Präventionskampagnen zusammen mit der Polizei auf Social Media durchführen.



"Neues aus Berlin"

Gespräch mit dem Verein SAM



Vergangene Sitzungswoche war ich bei einem spannenden Gesprächstermin, zusammen mit meinen Bundestagskolleg*innen Johannes Schraps, Annika Klose und Jasmina Hostert, mit dabei. Konkret sprachen wir mit dem Verein SAM ("Sozial.Aktiv.Menschlich."), der erst kürzlich sein 10-jähriges Bestehen gefeiert hat. Der Verein sorgt sich, dass die 200 Sozialarbeiter*innen, die für SAM im Raum Hameln-Pyrmont über das Bildungs- und Teilhabepaket im Einsatz sind, durch die Einführung der Kindergrundsicherung ihre Existenzberechtigung verlieren könnten.

Auch wenn wir zu dem jetzigen Zeitpunkt noch nicht ganz absehen können, inwiefern Bildung und Teilhabe in die Kindergrundsicherung einfließen werden, konnten wir an dieser Stelle bereits beruhigen. Denn eins ist für uns klar: Mit der Kindergrundsicherung wollen wir Verbesserungen - und durch diese sollen keine gewachsenen Strukturen wegbrechen. Darauf werde ich als Berichterstatterin für das Thema ein Auge drauf haben.



"Neues aus Berlin"



Besuch des Berufskollegs Rheine im Deutschen Bundestag

In der ersten Sitzungswoche des Jahres hatte ich direkt auch Besuch aus meinem Wahlkreis bei mir im Deutschen Bundestag: 25 Schüler*innen und zwei Begleitpersonen vom Berufskolleg Rheine wollten gerne mehr über meine Arbeit und die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages erfahren. Der Termin für ihre Klassenfahrt nach Berlin war perfekt: Aufgrund der Sitzungswoche konnten sie vor dem Gespräch mit mir sogar eine Plenarsitzung live mitverfolgen.

Die Schülergruppe der Gymnasialen Oberstufe mit dem Schwerpunkt Ernährung waren in dem Gespräch mit mir besonders an dem Thema "Gesunde Ernährung an Schulen" interessiert. Auch hatten sie nach ihrem Besuch im Bundestag die Gelegenheit, die „Grüne Woche“ auf dem Messegelände von Berlin zu besuchen - mit Sicherheit auch ein einmaliges Erlebnis neben ihrem Besuch im Bundestag.